



Udo Steinbach

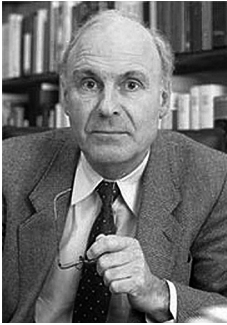
Tradition und Erneuerung im Ringen um die Zukunft

Der Nahe Osten seit 1906

Kohlhammer

Kohlhammer

Der Autor



Nach dem Studium der Orientalistik und Klassischen Philologie hat Prof. Dr. Udo Steinbach zur Zeitgeschichte und Politik des Vorderen Orients geforscht. 1976–2007 war er Direktor des Deutschen Orient-Instituts in Hamburg. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören der politische und gesellschaftliche Wandel in den arabischen Ländern, der Türkei und Iran, die Stellung religiöser und ethnischer Minderheiten in nahöstlichen Gesellschaften sowie die Stellung des Nahen Ostens im internationalen System.

Udo Steinbach

Tradition und Erneuerung im Ringen um die Zukunft

Der Nahe Osten seit 1906

Verlag W. Kohlhammer

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Warenbezeichnungen, Handelsnamen und sonstigen Kennzeichen in diesem Buch berechtigt nicht zu der Annahme, dass diese von jedermann frei benutzt werden dürfen. Vielmehr kann es sich auch dann um eingetragene Warenzeichen oder sonstige geschützte Kennzeichen handeln, wenn sie nicht eigens als solche gekennzeichnet sind.

Es konnten nicht alle Rechtsinhaber von Abbildungen ermittelt werden. Sollte dem Verlag gegenüber der Nachweis der Rechtsinhaberschaft geführt werden, wird das branchenübliche Honorar nachträglich gezahlt.

Umschlagabbildung: Skyline von Tripolis. Foto: Mirko Keilbert.

1. Auflage 2021

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-031338-5

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-17-031339-2

epub: ISBN 978-3-17-031340-8

Zusatzmaterial online:

<https://dl.kohlhammer.de/978-3-17-031338-5>

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	8
Einführung – ein wechselvolles Jahrhundert	11
1 Das 18. Jahrhundert – Vorabend der Neuzeit	19
1.1 Der lange Niedergang der Osmanen	20
1.2 Persische Wirren	23
1.3 Afghanistan – ein neuer Staat entsteht	26
1.4 Russlands Eintritt in den Vorderen Orient	27
2 Zwischen Diktat und Erneuerung – die europäische Herausforderung	34
2.1 Fürsorgliche Vereinnahmung	37
2.2 Der Angriff auf Ägypten	41
2.3 Von Reformen zu Abhängigkeit und Einmischung	44
2.3.1 Der Weg in die Falle	44
2.3.2 Flächendeckende Unterwerfung	47
3 Das Jahrhundert der Reformen	52
3.1 Der »kranke Mann« am Bosphorus	53
3.2 Irans Weg aus dem Mittelalter	58
3.3 Afghanistan – ein junger Staat gewinnt Konturen	70
4 Die Erneuerung in Kultur und Lebenswelten	75
4.1 Selbstvergewisserung im Islam	76
4.2 »Wir sind ein Teil Europas«	80
4.3 Auf der Suche nach einer Synthese	83
5 Der Eintritt ins revolutionäre Jahrhundert	97
5.1 Die Mutter der Revolutionen – Iran 1906	98
5.2 Sonnenuntergang oder Morgenröte? – Die »Jungtürken« an der Macht	106
5.3 Die »Jungafghanen« und die Modernisierung Afghanistans ..	118
5.4 Der kurze Frühling im Kaukasus	127
6 Figuren auf dem Schachbrett von Machtpolitik	144
6.1 Erster Weltkrieg und europäisches Design	144

6.2	Die neue politische Landkarte	156
6.3	Das Drama der Pariser Friedensverhandlungen	160
7	Signale des Aufbruchs – das säkulare Paradigma	183
7.1	Das Ende des Kalifats – es lebe die Nation	184
7.1.1	Der Weg zu den Wurzeln des Arabertums	185
7.1.2	Der Kemalismus als radikale Alternative	187
7.1.3	Iran, »Land der Arier« – Nationalismus zwischen historischem Stolz und schiitischem Sonderweg	191
7.1.4	Der »arabische Nationalismus« – Theorie und Wirklichkeit	193
7.1.5	Die zionistische Bewegung	197
7.2	Attraktiv und umstritten – der »linke« Weg der Entwicklung	201
8	Zwischen Emanzipation und Fremdbestimmung	208
8.1	Die Türkische Republik – ein historischer Beginn	210
8.2	Iran unter seiner letzten Dynastie	219
8.3	Afghanistans spannungsvoller Übergang	234
8.4	Die arabischen Völker vor der imperialistischen Herausforderung	238
8.4.1	Die Ausbildung der Staatenwelt	238
8.4.2	Palästina – Vorspiel zu einem Weltkonflikt	262
8.5	Der Zweite Weltkrieg	270
9	Der Nahe Osten nach dem Zweiten Weltkrieg	276
9.1	Die Türkei und die europäische Chimäre	277
9.2	Iran – vom Kaisertum zur Revolution	294
9.3	Afghanistan am Scheideweg	310
9.4	Die arabischen Völker – revolutionäre Hochzeit und Ernüchterung	314
9.4.1	Die arabische Einheit – eine Fata Morgana	315
9.4.2	Konturen einer »arabischen Staatenwelt«	320
9.4.3	Kairo 1952 – die Revolution in Ägypten und ihre Folgen	322
9.4.4	Nach dem Sechs-Tage-Krieg (Juni 1967) – Stagnation im Zeichen von Religion und Autokratie	329
9.4.5	1989 – das verpasste Schicksalsjahr	339
9.5	Israel – von der »jüdischen Heimstätte« zur regionalen Supermacht	343
9.6	Palästina – ein gordischer Knoten	365
9.7	Konfliktregion südlicher Kaukasus	382
10	Der sozio-kulturelle Aufbruch – Ringen um die Moderne	394
10.1	Befruchtung und Brückenschlag	394
10.2	Verwerfungen, Gräben und Konflikte	419

11	Zwischen Revolutionen und Terror	434
11.1	Die Zerstörung Afghanistans	435
11.2	Die iranische Revolution und die Folgen	443
11.3	Das Kalifat von Raqqa – oder: Die dschihadistische Revolution	465
12	Der Weg in die Sackgasse – die große Revolte	488
13	Im Schatten der Weltmächte	506
13.1	Eine neue Weltmacht betritt die nahöstliche Bühne	508
13.2	Das Erdöl – eine politische Ressource	509
13.3	Wenn Elefanten kämpfen, leidet das Gras	514
13.4	Gründung der Opec – die Erdölproduzenten emanzipieren sich	524
13.5	Die Invasion in Afghanistan – der Anfang vom Ende der Sowjetunion	526
13.6	Amerikas verpasste Chancen	530
13.7	war on terrorism	533
13.8	Washington sucht den Ausgang	538
13.9	Moskau, Brüssel und Peking sondieren ihre Rollen	540
14	Der Zusammenbruch der Ordnung: 2014–2020	549
15	Der Nahe Osten geht nicht unter – Ausblick auf die neue Ordnung	563
	Anmerkungen	573
	Literaturverzeichnis	576
	Abbildungsverzeichnis	579
	Register	581
	Personenregister	581
	Sach- und Ortsregister	587

Vorbemerkung

Gegenstand des Buches ist die Geschichte des Vorderen Orients im 20. Jahrhundert. Dabei handelt es sich um eine der ereignisreichsten und dramatischsten Epochen dieses Raumes seit der Zerstörung des Kalifats in Bagdad durch die Mongolen im Jahr 1258.

Politisch beginnt das 20. Jahrhundert des Vorderen Orients mit der Verfassungsrevolution in Persien im Jahr 1906. Bürgerliche Kräfte in einem breiten gesellschaftlichen Spektrum ringen dem Herrscher eine Verfassung ab. Sie definiert seine Machtausübung und stärkt die Gesellschaft ihm gegenüber. Zugleich suchen sich iranisch-nationalistische Kräfte auf diese Weise der Einmischung durch europäische Mächte zu entledigen. Dieses doppelte Ringen nach innen wie nach außen kann als Vorzeichen über der politischen Entwicklung der gesamten Region im 20. Jahrhundert verstanden werden.

Wesentliche Weichenstellungen aber waren bereits im vorangegangenen Jahrhundert vorgenommen worden; deshalb war es notwendig, in der Darstellung den Blick auf diesen Zeitraum auszuweiten. Und da das chronologische Ende des 20. Jahrhunderts nicht auch das Ende der politischen und ideologischen Dynamiken bedeutete, die dieses Jahrhundert bewegt haben, musste die Darstellung auf die ersten beiden Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts übergreifen.

Geographisch wird der Vordere Orient verstanden als der Raum von Nordafrika bis an die Grenze zum indischen Subkontinent. Diese Zusammenschau ist durch zwei Perspektiven gerechtfertigt: Zum einen ergibt sich aus der Prägung durch die islamische Religion und aus der politischen Interaktion in der Neuzeit ein hohes Maß an Kohärenz. Zum anderen hebt sich dieser Großraum geographisch wie geschichtlich deutlich von benachbarten Räumen ab – dem europäischen, dem russisch-zentralasiatischen, dem indischen und dem subsaharisch-afrikanischen.

Die zeitliche Eingrenzung ergibt sich aus der Perspektive der Gegenwart. Unübersehbar sind die Staaten und Gesellschaften im Vorderen Orient in eine tiefe Krise geraten. Sie ist geprägt durch Instabilität politischer Systeme, zwischenstaatliche Konflikte und machtpolitische Rivalitäten, gesellschaftliche Verwerfungen, ethnische Gegensätze und aus der Religion abgeleitete Gewalt. Der Zerfall von Staaten, die nach dem Ende des Ersten Weltkriegs entstanden sind, wird nicht mehr ausgeschlossen. Die Missachtung staatlicher Souveränität ist geradezu ein Prinzip des außenpolitischen und militärischen Handelns regionaler und internationaler Akteure geworden.

Aus der Perspektive der Gegenwart ergibt sich somit die Frage nach der Ursache und den Triebkräften für den Verfall des vorderorientalischen Großraums in einen buchstäblich chaotischen Zustand. Der Blick fällt dabei auf den Beginn des

20. Jahrhunderts. Nach einem Jahrhundert von Reformprozessen und von Bemühungen, sich der unabwiesbaren Tatsache europäischer politischer und wirtschaftlicher Überlegenheit und imperialistischer Aggressivität zu stellen, kam es 1906 mit der Verfassungsrevolution in Iran zu einem ersten tiefen Bruch in der traditional bestimmten Ausübung von Herrschaft. Ihr folgte die jungtürkische Revolution; und mit dem Ende des Osmanischen Reichs war die Zukunft des Vorderen Orients insgesamt geöffnet. Seine Geschicke traten in ein neues Stadium.

Seither ist die Geschichte des Vorderen Orients in ständiger Bewegung. Wirklich »revolutionär« im streng politikwissenschaftlichen Sinn¹ war sie wohl nur in wenigen Umbrüchen – so etwa im Falle der khomeinistischen Ablösung der iranischen Monarchie durch eine »Islamische Republik«. In vielen Fällen handelte es sich eher um Staatsstrieche unterschiedlicher Akteure, um Revolten im Sinne des Aufbegehrens gegen bestehende »Verhältnisse« oder um mehr oder minder gewalthafte Widerstands- und Befreiungsbewegungen. Gleichwohl – die Ablösung des Osmanischen Reichs durch die Gründung der Türkischen Republik, die Machtübernahme Nassers in Ägypten oder der *Ba'th*-Partei im Irak und in Syrien waren mehr als nur Staatsstrieche, führten sie doch zu einer nachhaltigen Ablösung überkommener Eliten und Machtstrukturen sowie zum Aufbau neuer Formen von Herrschaft und staatlicher Ordnung. Und selbst der kurzlebige marxistische Coup in Kabul (1978/79) war der Beginn eines langfristigen Prozesses politischen und gesellschaftlichen Wandels.

In der Selbstwahrnehmung der Akteure war ihr Tun eine »Revolution«. Ob »Revolution«, »Revolte«, »Staatsstreich«, »Widerstand«, »Aufbegehren« oder »Befreiung« – alle diese Ereignisse lassen die Geschichte des Vorderen Orients im 20. Jahrhundert als eine Abfolge bewegter Dramen auf der Suche nach einer neuen Ordnung erscheinen. Im Folgenden werden Begriffe wie »Revolution«, »Revolte« etc. nicht streng definiert (wenn das überhaupt möglich ist) oder gegeneinander abgegrenzt. Sie sind vielmehr Chiffren für einschneidende Ereignisse politischer und gesellschaftlicher Natur, von denen die neuere Geschichte des Vorderen Orients so erfüllt ist. Dass diese beständig von widerstreitenden geistig-kulturellen und religiösen Tatbeständen und Strömungen unterfüttert werden, ist eine Eigenheit dieses Raumes, in dem die Religion noch immer ein bestimmender Faktor des privaten und öffentlichen Lebens ist.

Als die Formel vom »Ende der Geschichte« nach dem Zerfall der Sowjetunion in die Welt gesetzt wurde, zeichnete sich bereits ab, dass es sich dabei um einen fundamentalen Irrtum handelte. Nicht nur im Vorderen Orient – aber eben gerade dort mit besonderer Heftigkeit – kam es zum Ausbruch gewalthaften Handelns mit der Folge bisher nicht gekannter Erschütterungen. Der Terrorismus war die Spitze dieses Eisbergs. Die »Geschichte« ging also weiter, und so stellt sich die Frage nach ihrer Richtung. Darauf zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine konkrete Antwort zu geben, wäre ein verwegenes Unterfangen. Aber um in die Zukunft zu schauen, muss man die Geschichte und ihre Wirkkräfte kennen. Die Revolte, die ab 2011 auch den arabischen Raum zu verwandeln begonnen hat (drei Jahrzehnte nach der Revolution in Iran), lässt erste Eckpunkte des künftigen Geschehens erkennen: Ein enormer Druck wird von der Zivilgesellschaft ausgehen; von Männern und (vor allem) Frauen, die sich, was Bildung und Information betrifft, in globalisierten Räumen

bewegen. Der Stellenwert der Religion, die zu politischem Missbrauch vielfältiger Art instrumentalisiert worden ist, innerhalb der politischen Systeme und gesellschaftlichen Ordnungen wird sich verändern. Verändern werden sich auch die Mechanismen wirtschaftlichen Handelns, die von Netzwerken sehr unterschiedlicher Natur, welche sich als überlebt und entwicklungshemmend erwiesen haben, zum eigenen Vorteil und zum Schaden der Gesellschaften bedient worden sind.

Über Jahrzehnte ist der Vordere Orient Gegenstand eines starken öffentlichen Interesses. An dieses richtet sich die hier vorgelegte Darstellung. Die geographische Ausdehnung des Raumes und die Vielfalt der Entwicklungen über ein Jahrhundert in ihm zwangen zu einer konzentrierten Darstellung. Deswegen wurde auf einen detaillierten Apparat von Anmerkungen und Erläuterungen verzichtet. Eine umfangreiche Online-Bibliographie (<https://dl.kohlhammer.de/978-3-17-031338-5>) soll Hilfestellung bei weiterreichendem Interesse leisten. Mit Blick auf den breiten Kreis der Interessenten wurde auf Literatur in den orientalischen Sprachen (und im Russischen) verzichtet. Zahlreiche der in die Bibliographie aufgenommenen Titel enthalten ausführliche Überblicke über Quellen und originale Dokumente.

Wie stets bei Arbeiten über den Nahen Osten stellte die Umschrift von Orts- und Eigennamen, Begriffen, Parteien und Organisationen, Buchtiteln und Zitaten eine Herausforderung eigener Art dar. In Betracht kamen Arabisch, Persisch, Osmanisch-Türkisch, Aserbaidshanisch-Türkisch, Hebräisch, Kurdisch und Paschtu sowie Russisch. Ein erheblicher Grundbestand an Namen und Begriffen entstammen der arabischen Sprache. Nun ist aber der Lautstand der Aussprache arabischstämmiger Wörter im Persischen und Osmanischen sehr unterschiedlich. So klappt zwangsläufig beständig eine Diskrepanz zwischen der wissenschaftlichen Umschrift nach den Grundsätzen der *Deutschen Morgenländischen Gesellschaft* und der tatsächlichen Aussprache im Persischen und Osmanischen. (Für das heutige Türkisch wurde die gängige türkische Orthographie verwendet.) Dies geht so weit, dass selbst bei der eigentlich korrekten Assimilierung des arabischen Artikels (al-) an bestimmte nachfolgende Konsonanten um der gesprochenen und gehörten Aussprache willen Unregelmäßigkeiten und Widersprüche in Kauf genommen wurden. Erwähnt werden muss schließlich auch, dass die Wiedergabe orientalischer Sprachen im Englischen und Französischen sehr unterschiedlich ausfällt. England und Frankreich aber waren über Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts die Mächte, an deren Lautstände die Eliten die Umschrift ihrer Sprachen ausgerichtet haben. Auch hier wurde der dem Leser (etwa aus den Medien) vertrauten Schreibweise Vorrang vor wissenschaftlichem Purismus eingeräumt. Akronyme in allen Sprachen wurden in der Mehrheit nach großem Anfangsbuchstaben klein geschrieben, um das Schriftbild einheitlich zu gestalten (also: Uno, Nato, Hamas, Palmach etc.).

Berlin, im April 2021

Udo Steinbach

Einführung – ein wechselvolles Jahrhundert

Am Sonntag, dem 29. Juni 2014 und Beginn des Fastenmonats Ramadan, erging ein Manifest an die anderthalb Milliarden Muslime der Welt: Hiermit werde das »Kalifat« ausgerufen – »hier weht die Flagge des Islamischen Staates, die Flagge des Monotheismus. Ihr Schatten bedeckt das Land von Aleppo bis Diyala« (mithin von Nordwest-Syrien bis zur iranischen Grenze). Fortan sei Abu Bakr al-Baghdadi al-Quraischi »Kalif Ibrahim« der »Führer der Gläubigen«, dem qua Gottes Befehl alle Muslime Gefolgschaft zu schwören hätten. »Die Legalität aller Emirate, Staaten, Gruppen und Organisationen wird null und nichtig durch die Expansion der Autorität des Emirats und die Ankunft seiner Truppen«. Wenige Tage später, am 4. Juli, hatte der »Kalif« in der im 12. Jahrhundert erbauten Moschee des Nur ad-Din Zangi in Mossul seinen einzigen Auftritt: In der *khutba* (Freitagspredigt) verkündete er die Rückkehr zu Glanz und Größe des islamischen Gottesstaates, die Erfüllung des Versprechens Gottes.²

Dies war mehr als Polittheater, auch wenn bereits drei Jahre später mit der Eroberung von Mossul (bei der die fast tausend Jahre alte *Nuri*-Moschee weitgehend zerstört wurde) und Raqqa dem bizarren – aber brutalen – Treiben bereits wieder ein Ende gesetzt wurde. 1924 war das Kalifat der Osmanen per Beschluss des Parlaments der Türkischen Republik abgeschafft worden (► S. 183). Fragen nach der Rechtmäßigkeit des türkischen Schritts, nach dem Volk, aus dem das neue Kalifat hervorgehen sollte, und nach der Qualifikation des Kalifen waren auf islamischen Konferenzen – freilich ohne konkrete Ergebnisse – erörtert worden. Dann verschwand das Interesse daran; und der real existierende Nationalstaat, der gerade in Gestalt der jungen Türkischen Republik seine Lebenskraft überzeugend zu manifestieren schien, verkörperte die Staatlichkeit der Zukunft. Der Nationalstaat – und nicht mehr die islamische *umma* – war die politische Ordnung auch der Muslime. In ihr würden die Muslime den Herausforderungen der Zukunft erfolgreich begegnen.

In seiner Absurdität, in der aber zugleich ein Kern geschichtlicher Wahrheit, ein verblasster Traum muslimischer Sehnsüchte und Irritation über eine unbefriedigende Gegenwart zu erkennen sind, reflektiert das Konstrukt des Islamischen Kalifats die Widersprüche des Verlaufs der Geschichte des Vorderen Orients im 20. Jahrhundert. Tatsächlich ist dieses das wechselvollste Jahrhundert in der Geschichte der Völker Nordafrikas und des Nahen und Mittleren Ostens, soweit die Erinnerung zurückreicht. Die Dynamik der Brüche seit seinem Beginn erwächst aus der Verdichtung politischer, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Prozesse durch das 19. Jahrhundert hindurch. Mit dem Zusammenbruch der alten Ordnungen am Ende des Ersten Weltkriegs bildet sich eine neue, tiefgreifend veränderte geopolitische, gesellschaftliche und kulturelle Landschaft aus. Neue Rechtfertigun-

gen von Herrschaft werden gesucht und getestet. »Der Westen« ist die elementare politische und geistige Herausforderung; auf sie wird keine Antwort gefunden, die »Authentizität« und »Moderne« verbindet. Die gleichzeitigen Revolutionen in Iran (1906) und im Osmanischen Reich (1908) stehen am Anfang dieser langen Kette von Umbrüchen, die Totgeburt eines »Islamischen Kalifats« an seinem Ende.

Der Ausgang des Ersten Weltkriegs bedeutet eine tiefe Zäsur. Das gilt gleichermaßen für Europa und den Nahen und Mittleren Osten. Auf den Trümmern des Habsburgischen wie des Osmanischen Reichs entstehen neue Staaten und politische Ordnungen. Europa betreffend, wurden nicht zuletzt die in den Pariser Friedensverhandlungen 1919 getroffenen Entscheidungen mitursächlich für die Katastrophe, in die der Kontinent in den folgenden Jahrzehnten abgeglitten ist; sie gipfelte in den menschlichen, materiellen und kulturellen Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs. Dessen Verwüstungen vor Augen, machten sich weitsichtige Persönlichkeiten daran, die Grundlagen einer neuen europäischen Ordnung zu legen. Das Bekenntnis zu Menschenrechten, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gemeinsamer wirtschaftlicher Entwicklung wurde der Kern der Dynamik des Zusammenwachsens europäischer Staaten und Gesellschaften zu einer neuen Form der Gemeinschaft.

Den Vorderen Orient betreffend verliefen die Entwicklungen weniger eruptiv und dramatisch; sie zeigten aber auch dort schwere, bis in die Gegenwart nachwirkende Folgen. In indirekter oder direkter Herrschaft spannten europäische Mächte, geleitet von imperialistischen und kolonialistischen Zielen, einen Herrschaftsschirm über der Region zwischen Nordafrika und dem indischen Subkontinent auf. Unter ihm bestand zwar relative Stabilität. Aber die Auseinandersetzung mit dem europäischen Imperialismus band die politischen Energien der Eliten und verhinderte somit – von Ausnahmen abgesehen – politische und gesellschaftliche Erneuerung und wirtschaftliche Entwicklung, welche eigenständige und stabile neue Ordnungen hätten begründen können. Als der Wandel nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs an Dynamik gewann, war er von gewalthaften Brüchen und Konflikten im Inneren der jungen Staaten wie im regionalen Zusammenhang gekennzeichnet. Die Auseinandersetzung mit dem Staat Israel, der 1948 ins Leben trat, sollte über Jahrzehnte für das politische Handeln insbesondere der arabischen Staatsführungen wesentlich bestimmend werden. Zugleich sahen sich die neuen Eliten, die mit der Erringung der Unabhängigkeit die Voraussetzung für eine umfassende Modernisierung ihrer politischen Institutionen und gesellschaftlichen Ordnungen zu schaffen suchten, erneut in eine globale Machtkonstellation verstrickt, die einer Entfaltung der politischen und wirtschaftlichen Potentiale und Eigenheiten entgegenstand, welche den Interessen und Ordnungsvorstellungen der neuen Regimes in Übereinstimmung mit dem Willen ihrer Völker entsprochen hätte. Die Reformdynamik kam an ihr Ende und machte einer lähmenden und stagnierenden Machtausübung Platz: Die Regimes begannen, sich auf klientelistische Netzwerke zu stützen; Herrschaft war auf den Erhalt ihrer Macht und auf die Verteilung der mit ihr verbundenen Profite ausgerichtet. Die Mitbestimmung der Bürger wurde zur Gefährdung des Machterhalts. Deren Wohlfahrt lag außerhalb des Ziels und Zwecks von Herrschaft.

Hinter der Tatsache von Stagnation und Fremdbestimmung begannen sich Kräfte zu formieren, die ihre Gesellschaften auf eine neue Grundlage zu stellen suchten. Sie schöpften ihren Anspruch auf Authentizität aus der islamischen Religion und der ihr

innewohnenden Veränderungsdynamik. Im schiitisch geprägten Iran wurde Anfang 1979 das überkommene System der Monarchie gestürzt. Zeitgleiche Bestrebungen im Raum des sunnitisch geprägten Nordafrika und Nahen Ostens führten zu keinen nachhaltigen, stabilen Ergebnissen. In wachsendem Maße breitete sich diffuse Gewalt aus. Sie fand in den Terrorattentaten von New York und Washington am 11. September 2001 einen ersten Höhepunkt. Der fehlgeleitete Versuch der USA im Frühjahr 2003, durch eine militärische Intervention im Irak die Einrichtung demokratischer Institutionen zu erzwingen und damit die Voraussetzung für politische Stabilität zu schaffen, bedeutete schließlich das Fanal für die flächendeckende Ausbreitung vornehmlich religiös begründeter Gewalt im Nahen Osten und in Nordafrika, ja global und mit Ausläufern nach Europa.

Die Selbstverbrennung eines jungen Mannes im wirtschaftlich armen Herzen Tunesiens am 17. Dezember 2010 setzte weite Teile der arabischen Welt in Flammen. Die sich dramatisch ausbreitende Protestwelle von Millionen von Menschen im gesamten arabischen Raum vollzog sich im Zeichen des Rufs nach Respekt vor der Würde der Bürger seitens der Regierenden. Dieses Ideal war keiner spezifischen Weltanschauung, Ideologie oder Religion geschuldet. Im Mittelpunkt der Forderungen standen die Ausarbeitung von Verfassungen und die Durchführung von Wahlen.

Zahlreiche Widerstände und Fehlentwicklungen haben – von Tunesien abgesehen – die Revolte der Jahre 2011/12 erst einmal in der politischen Sackgasse enden lassen. Sie ist durch politische Restauration, Armut, Unterentwicklung und Bevölkerungsexplosion gekennzeichnet, begleitet von religiösem Fanatismus und politischem Radikalismus. Auswanderung und Flucht sind Symptome der Hoffnungslosigkeit. Auf der Suche nach einer neuen Ordnung hat sich vorerst Gewalt seitens unterschiedlichster Akteure und Ideologien krebsartig im Vorderen Orient ausgebreitet. Mit Blick auf die Dynamik zu Beginn dieser »dritten arabischen Revolte«³ – nach der ersten (in den frühen zwanziger) und der zweiten (in den fünfziger und sechziger Jahren) – ist es statthaft, vorherzusagen, dass damit nicht das letzte Wort der Geschichte gesprochen ist.

Aus der Distanz (und aus der Perspektive europäischer selektiver Erinnerungskultur und Arroganz) betrachtet, erscheint vielen Europäern der Raum seiner islamischen Nachbarschaft als »hoffnungsloser Fall« mit Blick auf politische und gesellschaftliche Erneuerung, wirtschaftliche Entwicklung (jenseits von Öl und Gas) und stabile demokratische Institutionen. Demgegenüber lässt ein vorurteilsfreier, aber zugleich empathischer Blick auf die Geschichte das Engagement, ja den Enthusiasmus und die Ernsthaftigkeit der Anstrengungen hervortreten, mit welchen durch das 20. Jahrhundert hindurch die umfassende Erneuerung der Grundlagen von Staat und Gesellschaft angestrebt worden ist. Die mit diesen Erneuerungsbestrebungen untrennbar verbundene Frage, in welcher Weise Tradition, Religion und durch die Geschichte gewachsene Identitäten bewahrt werden könnten, bedeutete freilich eine zusätzliche Bürde auf diesem Weg. Die Gesellschaften Europas hatten in den geschichtlichen Umbrüchen seit der Französischen Revolution und zumal während des 20. Jahrhunderts im Guten und Bösen letztlich aus dem Fundus der eigenen Geschichte und ihrer geistigen und politischen Errungenschaften schöpfen können. Demgegenüber waren die Nachbarn Europas im Nahen Osten und Nord-

afrika unabweisbar gezwungen, sich mit Werten, Normen und geistigen Dynamiken auseinanderzusetzen, die in Europa, also außerhalb ihres historischen Orbits, ihren Ursprung hatten. Darüber hinaus waren sie seit dem 19. Jahrhundert zunehmend in politische und wirtschaftliche Abhängigkeit, mit dem Ende des Ersten Weltkriegs gar in Unterlegenheit geraten. Die Entstehung des auf europäische Werte gegründeten Staates Israel schließlich bedeutete eine weitere schwere politische und psychologische Bürde auf dem Weg insbesondere der arabischen Gesellschaften zu einer neuen und selbstbestimmten Definition ihres Platzes in der Welt.

Bereits vor dem Ende des Ersten Weltkriegs hatten in Iran und im Osmanischen Reich revolutionäre Kräfte die Grundlagen der Herrschaft erschüttert. 1906 sah sich der Schah gezwungen, der Einführung einer Verfassung zuzustimmen; zwei Jahre später setzte ein Putsch der »Jungtürken«, die sich auf Teile der Armee stützten, die Wiedereinsetzung der Verfassung von 1876 seitens des Sultans durch. Die kemalistische Revolution nach der 1923 erfolgten Gründung der Türkischen Republik markierte radikale Wegzeichen für die künftige Entwicklung des gesamten Nahen und Mittleren Ostens. Im benachbarten Persien bewunderte Reza Khan das kemalistische Experiment. Zwar machte er das Land 1925 nicht zu einer Republik, sondern erneuerte nach dem Ende der Qadscharen-Dynastie die Monarchie als Reza Schah Pahlawi. Aber die Türkei Atatürks war ihm Vorbild bei der Umwandlung Irans.

Der arabische Raum trat – nach Ansätzen in der Zwischenkriegszeit – mit der Revolution der Freien Offiziere in Ägypten 1952 in ein revolutionäres Zeitalter ein. Überkommene Regimes fielen oder gerieten unter starken Wandlungsdruck; in zahlreichen Staaten entstanden politische Systeme, die sich an europäischen Ordnungsvorstellungen orientierten. Alle arabischen Staaten, deren Eliten dies anstrebten, traten in die Unabhängigkeit ein – im Falle Algeriens nach einem blutigen Ringen mit der französischen Kolonialmacht.

Die Gründung des Staates Israel 1948 hat den Verlauf der Geschichte des Nahen Ostens nachhaltig beeinflusst. Die Haltung zum jüdischen Staat war Gegenstand innenpolitischer Kontroversen und Konflikte innerhalb der arabischen Staaten und unter ihnen (später auch in Bezug auf Iran und die Türkei). Die Herausforderung, die sich mit der Existenz Israels stellte, hat auch die Stellung der Staaten der Region im internationalen System mitgeprägt.

Die Revolution in Iran 1979 war ein einschneidendes Ereignis. Sie begann als Protest breiter Teile der Bevölkerung gegen soziale und wirtschaftliche Missstände, vom Frühjahr 1978 an stand sie zunehmend unter der Führung eines Geistlichen. Gestützt auf sein Charisma errichtete Ayatollah Khomeini eine »Islamische Republik«. Damit suggerierte er eine Synthese von politischer Moderne und Verwurzelung in (schiitisch) islamischer Tradition. Zugleich demonstrierte er die völlige Unabhängigkeit gegenüber der Einflussnahme auswärtiger Mächte, namentlich der USA.

Zeitgleich mit der Revolution in Iran, die zu einer »islamischen« umgemünzt wurde, fand im Nachbarland Afghanistan eine marxistisch-leninistische Revolution statt. Auch sie beendete die Monarchie, sie fand aber keine Akzeptanz in der Bevölkerung. Indem die Sowjetunion die Revolution durch eine militärische Intervention zu retten suchte, bewirkte sie einen nachhaltigen Zerfall des Landes. Mitte

der neunziger Jahre übernahm eine islamistische Miliz die Herrschaft in Kabul. In ihrem Milieu nistete sich mit *al-Qa'ida* eine Terrororganisation ein, die am 11. September 2001 in New York und Washington zuschlug.

Die Bilder der brennend zusammenstürzenden Türme des *World Trade Center* waren das Fanal eines *war on terrorism*, der bald eine globale Dimension erhielt. An der Spitze der – nach ihrem Selbstverständnis – kriegführenden Parteien standen die USA; neben ihnen waren zahlreiche andere Staaten aus Europa, dem Nahen Osten, Asien und Afrika involviert. Gegner im »Krieg gegen den Terrorismus« waren wesentlich militante Gruppierungen, die auf der Grundlage eines zu einer totalitären Ideologie umgeschmiedeten »Islam« den *dschihad* gegen den Rest der – in ihren Augen »heidnischen« – Welt führten. Auf den Trümmern der bestehenden Gesellschaften sollte unter der »Souveränität Gottes« am Ende ein islamisches Kalifat entstehen.

Im Rückblick waren die – so unterschiedlichen – Revolutionen in Iran und Afghanistan in den Jahren 1978/79 das Vorspiel zu den Umbrüchen im arabischen Raum, die 2011 ein neues Kapitel in dessen Geschichte eingeleitet haben. Die Selbstverbrennung eines frustrierten und verzweifelten jungen Gemüsehändlers im zentraltunesischen Sidi Buzid am 17. Dezember 2010 wurde das Fanal der »dritten arabischen Revolte«. Die Forderung nach Würde, die Millionen von Jugendlichen zwischen Marokko und Jemen erhoben, einte sie für einen Augenblick. Nach ersten Erfolgen endete die Dynamik zunächst in der Sackgasse. Radikal islamistische Gruppen, von denen während der revolutionären Ereignisse selbst nichts zu hören gewesen war, kehrten auf die Bühne zurück und suchten das Vakuum, die Ratlosigkeit und die Verwirrung zu nutzen, ihre menschenverachtende Ideologie in die politische Wirklichkeit zu projizieren.

An diesem Tiefpunkt der Geschichte des Nahen und Mittleren Ostens stehen die Gesellschaften und ihre Führungseliten vor der Herausforderung, neue Ordnungen zu schaffen, die im 21. Jahrhundert Bestand haben, weil sie den elementaren Erwartungen der Menschen auf Bürgerrechte und Entwicklung entsprechen.

Die hier vorgelegte Darstellung hebt auf die vielfältige Dynamik in den Gesellschaften des Vorderen Orients und Nordafrikas ab. In dieser Wahrnehmung wendet sie sich gegen das in Deutschland verbreitete gleichsam essentialistische Klischee von notorischer Stagnation, Entwicklungsunfähigkeit, Modernisierungsunwilligkeit und Gewaltgeneigtheit; weithin werden diese mit »dem Islam« in Verbindung gebracht. Den langen Weg zu erkennen, den die Menschen und ihre Gesellschaften im Verlaufe des vergangenen Jahrhunderts gegangen sind, Entwicklungen, Veränderungen, ja zahlreiche Brüche und Rückschläge einzuordnen, negativ konnotiertem Defaitismus entgegenzutreten, ist aber die Voraussetzung, eine positive Perspektive auf den Weg aus der Sackgasse aufzutun, in der sich die Region zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Buches befindet.

Es ist Mode geworden, die Krisen und Blockaden dieses Raumes der Einmischung auswärtiger Mächte – bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs Europas und seither der USA – zuzuschreiben. Namentlich letzteren wird eine geradezu diabolische Entschlossenheit unterstellt, amerikanische politische und wirtschaftliche Interessen rücksichtslos durchzusetzen. Das ist keine vollständig unbegründete Einschätzung: Die ungeniert imperialistische Politik europäischer Mächte und später der USA hat

den Gang der Dinge wesentlich bestimmt – und zugleich die Verschwörungstheorien und Abwehrreflexe genährt, die in den nahöstlichen Gesellschaften immer wieder zu gewalthaftem Aufbegehren geführt haben.

Ein unvoreingenommener Blick freilich kann nicht übersehen, dass die letzten Gründe für die Fehlentwicklungen in den nahöstlichen Gesellschaften selbst und namentlich im Versagen ihrer Eliten liegen, die Herausforderungen anzunehmen, die sich seit Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart gestellt haben. Diese erst haben die Staaten so geschwächt, dass sie ein Spielball der Manipulation durch auswärtige Mächte werden konnten. Unumgängliche Reformen wurden aufgeschoben oder allenfalls halbherzig angegangen, die Machtpolitik einzelner Persönlichkeiten oder politischer Gruppen haben Energien vergeudet, die besser für Erneuerung und die Gewinnung breiter politischer und gesellschaftlicher Akzeptanz für diese Erneuerung hätten genutzt werden können.

Geographie und Geschichte haben die Räume, welche südlich und östlich an das Mittelmeer angrenzen, unauflöslich mit Europa verbunden. Diese Selbstverständlichkeit steht über der Geschichte, aber auch der Zukunft beider Räume. Die künftige Interaktion freilich muss von anderer Art sein, als dies durch das 19. und insbesondere auch durch das 20. Jahrhundert hindurch der Fall gewesen ist. Gesucht wird ein neues Ethos der Partnerschaft. Das bedeutet auf europäischer Seite einen Paradigmenwechsel: An die Stelle einer »exklusiven« Wahrnehmung, welche in der islamischen Nachbarschaft den Anderen oder das Andere gesehen hat, muss eine »inklusive« Wahrnehmung treten, d. h. das Bewusstsein, dass die Zukunft gemeinsam und auf Augenhöhe gestaltet wird. Vor dem Hintergrund eines globalen Systems der Mächte, das in einen tiefgreifenden Wandel eingetreten ist, wird die Stellung Europas darin wesentlich auch von der Qualität seiner Beziehungen zu seiner islamischen Nachbarschaft abhängen.

Vorstehende Skizze lässt das inhaltliche Spektrum und den geographischen Rahmen erkennen, die Gegenstand der Darstellung sind: der Raum zwischen Nordafrika und Afghanistan. Bei aller Diversität der Völker, Gesellschaften und staatlichen Ordnungen bestehen Interdependenzen geschichtlicher, kultureller, sprachlicher, religiöser und politischer Art. Die Darstellung bliebe unvollständig, wenn nicht auch Russland Aufmerksamkeit zuteilwürde. Im Zuge seiner territorialen Expansion in Richtung auf das Kaspische und das Schwarze Meer wurde das Zarenreich seit dem 18. Jahrhundert auch zu einem Akteur im Vorderen Orient. Bis zu dessen Ende rang es mit dem Osmanischen Reich um die Vorherrschaft im Raum des Schwarzen Meeres und der Meerengen zum Mittelmeer, mit dem britischen Empire in Persien und Afghanistan um die Abgrenzung von Macht- und Einflusszonen. Seit dem Vertrag von Küçük Kaynarca (1774; im Nordosten des heutigen Bulgarien gelegen) als Schutzmacht der orthodoxen Christen anerkannt, wetteiferte Russland mit anderen europäischen Großmächten um Mitbestimmung über das Schicksal des Osmanischen Reichs. In Zentralasien und im Kaukasus waren Millionen von Muslimen Bürger des russischen Reichs. Unter ihnen kam es im 19. Jahrhundert zu Erneuerungsbewegungen, die – nicht zuletzt über Aserbaidshan – in den benachbarten islamischen Raum ausstrahlten. Auch die bolschewistische Revolution vom Oktober/November 1917 und ihre Folgen haben ideologische und politische Kräfte freigesetzt, die über weite Strecken des 20. Jahrhunderts die Ge-

schicke aller Völker des Nahen Ostens und Nordafrikas mitbestimmt haben. Die Türkei, Iran und Afghanistan waren die ersten Staaten, mit denen der junge Sowjetstaat 1921 Verträge abschloss. In Gestalt der Sowjetunion hat Moskau nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die machtpolitische Rolle des Zarenreichs im Nahen und Mittleren Osten fortgesponnen.

Der rote Faden der Darstellung ist die Frage nach den geschichtlichen Zusammenhängen und Abläufen, die in die komplexe Konfliktlage der Gegenwart mündeten. In immer dichterem Rhythmus und mit wachsender Zerstörungskraft treiben die Ereignisse seit den zeitgleichen Revolutionen in Teheran und Kabul (1978/79) den Vorderen Orient in den *show down*, der von der Ausrufung des »Islamischen Kalifats« (2014) markiert wird. Externe Interventionen in Afghanistan, im Irak, in Jemen, Syrien und Libyen verschärfen interne Konfliktkonstellationen.

Diese neueren Entwicklungen aber sind als Fortsetzung und Ergebnisse revolutionärer Umbrüche zu verstehen, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts ihren Anfang nahmen. Das gilt für die Verfassungsrevolution in Iran (1906), das Vorspiel zu der Revolution, die sieben Jahre später in der Errichtung einer »Islamischen Republik« mündete. Es gilt aber auch für die Revolution der »Jungtürken«, in der es ebenfalls um die (Wieder-)Einführung einer Verfassung ging. Sie konnte aber den Niedergang des Osmanischen Reichs nicht aufhalten, dessen Ende dann das Tor zu einer weitreichenden Neuordnung des Vorderen Orients öffnete. Diese freilich entsprach nur zum Teil den Vorstellungen und Wünschen der Völker, weshalb sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs neue Eliten gegen sie auflehnten und nach Lösungen suchten, die im Einklang mit dem Willen und dem Selbstverständnis der Völker stehen würden.

1 Das 18. Jahrhundert – Vorabend der Neuzeit

Für den Nahen und Mittleren Osten bedeutet das 18. Jahrhundert einen Zeitraum des Übergangs. In ihm werden die Weichen für seinen Eintritt in die Neuzeit gestellt. Die beiden Mächte, die über Jahrhunderte die Geschichte geprägt haben, haben längst an Vitalität verloren. Das Safawidenreich erlischt 1722. Auf seinem Boden schaffen lokale »Condottieri« Staatswesen, die ihre Gründer kaum überleben. Erst gegen Ende des Jahrhunderts entsteht mit der Dynastie der Qadscharen ein dauerhafter und relativ stabiler iranischer Staat. Das Osmanische Reich ist mit der gescheiterten zweiten Belagerung von Wien (1683) in eine Epoche fortschreitender äußerer und innerer Schwäche eingetreten. Es verliert zunehmend an machtpolitischem Gewicht. Mit der »orientalischen Frage« verbindet sich der Ausgang des Ringens der europäischen Mächte um die Aufteilung des Erbes des Reichs. Unter den Vorzeichen dieses Ringens ist der Gang der Geschichte seit dem Ende des Jahrhunderts verlaufen.

Neben der politischen Macht ist zugleich die wissenschaftlich-technologische und wirtschaftliche Überlegenheit unabweisbar, welche die Grundlage der europäischen Expansion werden sollte. Damit ist für die islamisch geprägten Völker die Frage aufgeworfen, was die Gründe für die Unterlegenheit sind. Neben der Herausforderung zu politischer Selbstbehauptung stellt sich die Herausforderung der geistigen Modernisierung. Für die Menschen im Raum zwischen Marokko und dem Hindukusch beginnt die Suche nach einer Identität, in der die Tradition, und d. h. wesentlich die islamische Religion, und europäische geprägte Normen und Institutionen koexistieren. Diese Frage nach der Identität sollte über zwei Jahrhunderte unterschiedlich beantwortet werden und ist selbst in der Gegenwart noch die Wurzel für nicht nur geistig-kulturelle, sondern auch für politische Konflikte.

Mit der Schwäche der politischen Ordnungen im Vorderen Orient und Nordafrika gehen der machtpolitische und wirtschaftliche Aufstieg europäischer Mächte in der Region und deren immer nachhaltigere Einflussnahme auf die Mächtekonstellation im Nahen Osten einher. Am Ende des Jahrhunderts lässt die napoleonische Expansion nach Ägypten (1798) die politische, militärische und wirtschaftliche Überlegenheit der europäischen Mächte über das Osmanische Reich erkennen. Zugleich beginnen sich Frankreich, England und Russland immer stärker in die Innen- und Außenpolitik Persiens einzumischen. Mit dem Friedensschluss von Küçük Kaynarca 1774 und der Festigung seiner Machtstellung im südlichen Kaukasus ist auch Russland zu einer Nahostmacht geworden.

1.1 Der lange Niedergang der Osmanen

Im September 1683 musste der osmanische Feldherr Kara Mustafa Pascha die Belagerung Wiens abbrechen. Noch einmal hatte sich Konstantinopel angeschickt, seine Machtposition auf dem Balkan zu konsolidieren und auszuweiten. Am 13. Juli begann die Belagerung von Wien. In der Schlacht am Kahlenberg am 11. September versetzte eine Allianz europäischer Armeen den osmanischen Belagerern eine vernichtende Niederlage. Das war der Beginn einer Kette von Rückschlägen; und gegen Ende des 18. Jahrhunderts war unübersehbar, dass die osmanischen Heere ihre Überlegenheit und das Osmanische Reich seinen Schrecken verloren hatten.

Die gescheiterte Belagerung brachte einige grundlegende Tatbestände auf den Punkt, die die Stärke des Reichs strukturell unterminiert hatten. Mit dem Tod Sultan Süleymans »des Prächtigen« (1520–1566) hatte es den Zenit seiner politischen Machtentfaltung, wirtschaftlichen Stärke und kulturellen Schöpferkraft erreicht. Ein innerer Niedergang setzte ein, auch wenn dieser freilich im 17. Jahrhundert wiederholt von politischer Erholung unterbrochen war. Mit den Entdeckungen der Seewege zu den östlichen Teilen der Erde durch europäische Seefahrer seit dem Ende des 15. Jahrhunderts hatten sich die Handelsströme zu verändern begonnen. Die klassischen Handelsrouten zwischen Europa und dem Mittelmeer im Westen und Asien im Osten verloren an Bedeutung. Die Schwächung der ökonomischen Grundlage hatte die Schwächung der Zentralgewalt und mithin die Stärkung zentrifugaler Kräfte im Reich zur Folge. Die Verstrickung der Prinzen und Sultane in die Intrigen des Hofes und des Harems bedeutete einen Verlust an Führungsstärke, der nur epochenweise durch kraftvolle Persönlichkeiten unter den Großwesiren aufgewogen werden konnte. Zunehmend gerieten die Sultane auch unter den Einfluss der Janitscharen, einer Truppe, die zeitweise zur Soldateska degenerierte, die kaum noch von der politischen oder militärischen Führung kontrolliert werden konnte.

Der Niedergang des Osmanischen Reichs im Verlauf des 18. Jahrhunderts war ebenso wenig ein linearer Prozess wie die Gestaltung seiner Beziehungen zu Europa. Gelegentliche militärische Siege und innere Reformen schienen den Bestand des Reichs zeitweilig zu konsolidieren. Auch werden die Beziehungen zu den europäischen Mächten keineswegs durch politische und militärische Konflikte hinreichend beschrieben. Denn in Europa eröffnete das Schwinden der »türkischen« Bedrohung neue Perspektiven auf die osmanische und islamische Kultur. Wenige Jahre nach der gescheiterten Belagerung von Wien eroberten die Erzählungen von *1001 Nacht* Europa im Sturm; 1704 erschien in Frankreich die erste Übersetzung in eine europäische Sprache. Denker und Dichter des 18. Jahrhunderts brachten ihre Kritik an den politischen und gesellschaftlichen Zuständen in Europa im Gegenbild »orientalischer« Zustände zum Ausdruck. In der berühmten Ringparabel in Lessings Drama »Nathan der Weise« schließlich werden Judentum, Christentum und Islam als gleichwertig beschrieben. Und in seinem »West-Östlichen Diwan« flüchtet sich der Dichter Goethe in den »reinen Osten, Patriarchenluft zu kosten«.

Auf der osmanischen Seite öffneten sich Hofkultur und Architektur europäischen Einflüssen. Die »Tulpenzeit« (*lale devri*) unter Ahmed III. (1703–1730) war gekennzeichnet durch einen kultiviert-verschwenderischen Lebensstil. Man vertrieb sich die

Tage mit Schach und Muschelspiel, ergötzte sich an Poesie und Musik. Zu den Glanzleistungen höfischer Selbstdarstellung zählte die Gartenbaukunst. Neue farbenprächtige Tulpenarten wurden gezüchtet. Wie auch im zeitgenössischen Europa wurden für Tulpenzwiebeln teilweise kleine Vermögen ausgegeben. Auch in die Architektur drangen europäische Stilelemente ein. Nach dem Muster von Versailles wurden märchenhafte Paläste und Gärten angelegt. Moscheen wurden durch europäisch-barocke Stilelemente geschmückt. 1727 wurde durch den ungarischen Renegaten Ibrahim Müteferrika offiziell der Buchdruck eingeführt. Die zahlreichen in der Folgezeit gedruckten Werke trugen nicht unwesentlich zu einem neuerlichen kulturellen Aufblühen des politisch niedergehenden Reichs bei. Aber diese lichten Momente im Prozess des Niedergangs konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass Kreativität und Originalität der osmanisch-islamischen Kultur der Vergangenheit angehörten.

Die Absetzung Ahmeds III. markiert das Ende sowohl der nach außen scheinbar so idyllischen Atmosphäre im Reich als auch der entspannten wechselseitigen Begegnung mit den europäischen Mächten. In den von zahlreichen Kriegen – vor allem gegen Russland und Österreich – gekennzeichneten Jahrzehnten danach hatte das Osmanische Reich trotz einiger Verluste seinen Bestand im Großen und Ganzen noch halten können. Erst mit dem Frieden von Küçük Kaynarca, der einen 1768 mit Russland ausgebrochenen Krieg beendete, musste es territoriale Einbußen und Demütigungen hinnehmen, die seinem Status als eine den europäischen Mächten ebenbürtige Großmacht ein unwiderrufliches Ende bereiteten. Die Hohe Pforte – so benannt nach dem Tor zum Sitz des Großwesirs in Konstantinopel – musste sich bereit erklären, das Khanat der islamischen Krimtataren in die »Unabhängigkeit« zu entlassen (womit es unter den Einfluss des Zarenreichs geriet). Unmittelbar nach diesem Ereignis fielen der Landstrich zwischen Bug und Dnjepr sowie mehrere Festungen (unter ihnen Asow) und ein großes Gebiet im nördlichen Kaukasus (die sog. Kabardei) unter russische Kontrolle. Dem Gesandten des Zaren in Konstantinopel wurde das Recht zugesprochen, bei der Pforte die Belange der Donaufürstentümer Moldau und Walachei zu vertreten. Ferner musste die osmanische Staatsführung Russland ein Schutzrecht für die orthodoxen Christen auf osmanischem Territorium einräumen. Ähnlich war bereits früher – in der »Kapitulation«⁴ von 1740 – Frankreich die Schutzherrschaft über die Katholiken und die mit Rom unierten lokalen christlichen Religionen des Reichs zugestanden worden. Zu diesem Zweck erhielt Russland das Recht, überall im Osmanischen Reich Konsulate einzurichten. Russland durfte auf dem Schwarzen Meer eine Handelsflotte unterhalten, die die Meerengen Bosporus und Dardanellen ungehindert passieren konnte.

Angesichts der mit dem Friedenvertrag sichtbar werdenden Schwäche des Reichs schien dessen anhaltender Zerfall programmiert. Wenn sich dieser noch fast anderthalb Jahrhunderte hinzog, war das nicht zuletzt den Rivalitäten geschuldet, die zwischen den vier europäischen Großmächten: England, Frankreich, Österreich-Habsburg und Russland hinsichtlich der Verteilung des Fells des Bären bestanden. Die »orientalische Frage« war gestellt; um ihre Antwort sollte bis zum Ende des Reichs gerungen werden. Auf der anderen Seite aber hat die osmanische Staatsführung immer neue Anläufe unternommen, das Reich auf allen Gebieten zu modernisieren, die ihr mit Blick auf dessen Überleben gegenüber dem Andringen der



Abb. 1: Die »Hohe Pforte« (*Bab-ı ali*), der Eingang zum Amtssitz des Großwesirs in Konstantinopel, zur Zeit Mahmuds II.

europäischen Mächte geboten erschienen. Insofern ist die Geschichte des Osmanischen Reichs zwischen 1774 und 1918 mehr als nur ein Abgesang. Sie lässt vielmehr erkennen, ein wie hohes Maß an Selbstbehauptungswillen sowie an Kraft zu Erneuerung und Veränderung in Staat und Gesellschaft noch steckten.

Mit dem Verlust der Herrschaft über die muslimischen Krimtataren begann die Staatsführung, die islamische Dimension in der Stellung des Großherrsrs aus der Familie Osman zu entdecken. Sie besann sich auf den Tatbestand, dass Selim I. (1512–1520) bei seiner Eroberung von Kairo (1517) die Würde des Kalifen, d. h. des geistig-religiösen Oberhauptes der Muslime, angenommen hatte. Nach der Eroberung Bagdads, der Hauptstadt des abbasidischen Kalifats, durch die Mongolen (1258) hatte ein Schattenkalifat in Kairo überlebt, das nun auf den neuen Herrscher überging. Zunächst sollte der Kalifenwürde in der Politik der Osmanen keine signifikante Bedeutung beigemessen werden. Mit dem Verlust immer weiterer muslimischer Teile des Reichs konnte über diese jedoch immerhin eine spirituelle Verbindung zu den ehemaligen Untertanen des Sultans aufrechterhalten werden. Wie noch darzustellen sein wird, ließ sich die Beschwörung des Kalifats instrumentalisieren, um politische Machtansprüche zu legitimieren. Die Entscheidung des Parlaments der Türkischen Republik im März 1924, das Kalifat abzuschaffen, unterstrich schließlich noch einmal den besonderen Stellenwert dieser Institution – auch wenn sie zu diesem Zeitpunkt kaum mehr war als eine leere Hülle in Gestalt einer historischen

Reminiszenz – in der Geschichte des Nahen Ostens im 20. Jahrhundert. Damit war definitiv die islamische Staatsidee durch europäisch-nationalstaatliche politische Ordnungsvorstellungen abgelöst.

1.2 Persische Wirren

Auch für Iran⁵ ist das 18. Jahrhundert eine Epoche des Übergangs. »Persien auf dem Weg in die Neuzeit« hat Hans Robert Roemer seine »Iranische Geschichte von 1350–1750« überschrieben. 1501 hatte sich Isma'il (1487–1524) zum Schah über das Land – mit der Hauptstadt Täbris – erklärt. Er entstammte dem turksprachigen sufischen (d. h. islamisch-mystischen) Orden der *Safawiyya*⁶ im aserbaidshanischen Ardabil, der sich im Laufe des 15. Jahrhunderts zunehmend der schiitischen Glaubensrichtung zugewandt hatte. Mit seiner Machtübernahme setzte Isma'il eine umfassende Schiitisierung des Landes ins Werk: Das Bekenntnis zur Zwölfer-Schi'a, dem Hauptstrom unter den Varianten des schiitischen Islams, sollte das bestimmende Merkmal der Identität der Untertanen des safawidischen Reichs werden. (Unterschiedliche Ausprägungen der türkischen Sprachfamilie blieben – von kurzen Perioden abgesehen – bis 1925, dem Ende der Qadscharen-Dynastie, die Sprache der herrschenden Dynastien.)

Mit der Dynastie der schiitischen Safawiden war den Osmanen nicht nur ein politischer Gegner, sondern auch ein religiöses und kulturelles Widerlager erwachsen. Namentlich unter den turkmenischen Nomaden in Ostanatolien hatte die junge Dynastie eine beträchtliche Anhängerschaft. Als die Aufstände und Unruhen dort für die osmanische Herrschaft bedrohlich zu werden begannen, holte Sultan Selim (1512–1520) zum Schlag gegen sie aus. Schah Isma'il eilte der bedrohten Anhängerschaft zu Hilfe. Am 23. August 1514 kam es bei der ostanatolischen Ortschaft Çaldıran zur Schlacht: Sie endete mit einer vernichtenden Niederlage für den iranischen Herrscher. Isma'il überlebte das Desaster und konnte bis zu seinem Tode seine Herrschaft konsolidieren. Als er starb, war Iran in etwa (von Teilen Aserbaidschans und Khorasans abgesehen) in der bis heute gegebenen territorialen Gestalt entstanden. Anders als die neue Staatenwelt des Nahen Ostens, die nach dem Ende des Osmanischen Reichs (1918) wesentlich von den europäischen Mächten vorgezeichnet worden ist, hat Iran eine jahrhundertelange Tradition der Staatlichkeit in den bestehenden Grenzen.

Als Ergebnis der Schlacht von Çaldıran waren die Grenzen auf dem anatolischen Hochland weitgehend abgesteckt. Zugleich aber war damit die Grundlage für eine religiös-»systemische« Rivalität gelegt: Das vom Sultan (Kalifen) regierte Osmanische Reich stand für die sunnitische »Katholizität«, die Herrscher Irans für den schiitischen Legitimitätsanspruch (welcher freilich seit seinen Anfängen im 7. Jahrhundert durch die Geschichte hindurch eher die Rolle des Herausforderers gespielt hatte). In der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts hat das kaum eine Rolle gespielt. Erst mit der Gründung der Islamischen Republik Iran (1979) sollte diese religiöse Di-

chotomie die Politik im Nahen Osten gelegentlich wieder konfessionalistisch einfärben.

Nur einmal kam es in späteren Kriegen zu einer wesentlichen territorialen Verschiebung zwischen den beiden Staaten: 1534 eroberten die Osmanen Bagdad und das Zweistromland bis Basra. Zwar war es den Schiiten Irans gestattet, die Heiligtümer in Kerbela und Nadschaf, den nach Mekka und Medina heiligsten Plätzen ihres Glaubens, zu besuchen. Mit der osmanischen Herrschaft aber begann eine jahrhundertelange Ära der Marginalisierung der Schiiten im Zweistromland. Und auch noch die Briten setzten nach dem Ersten Weltkrieg auf die arabischen Sunniten als staatstragende politische und gesellschaftliche Schicht, obwohl sie im 19. Jahrhundert zu einer religiösen Minderheit geworden waren. Erst nach dem Sturz des Diktators Saddam Husain durch die amerikanische Intervention 2003 sollten die arabischen Schiiten die Macht in Bagdad übernehmen. (Damit wuchs auch wieder der Einfluss des schiitischen Iran im Zweistromland.)

Schah Sultan Husain (reg. 1694–1722) war der letzte Herrscher der Safawiden. Harte steuerliche Belastung namentlich der ländlichen Bevölkerung in Verbindung mit einer rigorosen Durchsetzung der Schi'a nicht zuletzt in den – sunnitischen – afghanischen Teilen des Reichs führten zu verbreiteten Unruhen. Der Todesstoß kam vonseiten des afghanischen Stammes der Ghilzai aus den Gebieten um Kandahar. Unter der Führung von Mir Mahmud eroberten sie 1722 Isfahan, seit Schah Abbas (1587–1629) Hauptstadt des safawidischen Reichs. Schah Sultan Husain wurde abgesetzt. Ein kurzes Interregnum sunnitischer Herrschaft setzte ein.

In der Ära der Safawiden sind weitreichende Weichenstellungen in der Geschichte Irans auf dem Weg in die Neuzeit vorgenommen worden. Die trostlosen Verhältnisse bei deren Untergang dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass wichtige Voraussetzungen der Neuzeit Persiens auf sie zurückgehen: so das Persische als Amtssprache (während ein türkisches Idiom die Umgangssprache unter der Herrscherfamilie blieb), die heutigen Staatsgrenzen, das Bekenntnis zur Zwölfer-Schi'a, die bis 1979 bestehende monarchische Staatsform, das architektonische und städtebauliche Gesicht urbaner Zentren, der Zentralismus der staatlichen Verwaltung, die Symbiose der Persisch sprechenden Bevölkerung mit starken Minderheiten nichtpersischer, vor allem türkischer Zunge sowie das Bündnis zwischen der schiitischen Geistlichkeit und den Basarkaufleuten.

Tatsächlich ist die Zwölfer-Schi'a⁷ unter Schah Isma'il, dem Begründer der safawidischen Dynastie, zur Staatsreligion Irans gemacht worden. Damit war der Grundstein für den starken Einfluss gelegt, den die schiitischen Theologen in der Folgezeit, namentlich auch im 19. Jahrhundert (und dann wieder im Gefolge der Machtübernahme Ayatollah Khomeinis in der Islamischen Republik, ► S. 445) ausüben sollten. Seit dem 13. Jahrhundert lag die Kernfunktion ihres Wirkens in der Befähigung zum *idschtiḥad*, d. h. in der selbstständigen Rechtsfindung auf dem Weg rationaler Auslegung des Korans und der Prophetenüberlieferungen. (Der Titel eines zum *idschtiḥad* befähigten Geistlichen ist der diesem Begriff verwandte *mudschtahid*.) Der 12. Imam – als der noch verborgene Souverän – würde eines Tages als Erlöser (*mahdi*) eine endgültig gerechte und legitime Ordnung auf Erden errichten. Aber in der Zeit seiner Abwesenheit würde es eben an den Theologen sein, den Gläubigen in ihrem persönlichen wie öffentlichen Leben die rechte Leitung zu vermitteln. So

lange die Safawiden selbst ihre Macht aus einer unmittelbar göttlichen Legitimation ableiteten, waren die Herrscher die höchste irdische Autorität. Unter Abbas I. hat die Macht der Safawiden als gottgesandtes Königtum ihren Höhepunkt erfahren. Mit seinem Tode setzte eine lange Phase der Schwäche der Herrscher ein; daraus resultierte die Stärkung des Einflusses der Geistlichkeit auf deren Entscheidungen. Unter den Qadscharen (1796–1925) sollten daraus zeitweilig politische Konflikte zwischen Teilen des Klerus und den Herrschern erwachsen.

Wie im Osmanischen Reich hatten sich auch in Persien seit dem Ende des 16. Jahrhunderts die kulturellen Kontakte zu Europa intensiviert. So erfahren wir von Gesandtschaften Ludwigs XIV. und Peters des Großen im Jahre 1708 und 1715. Auch Persien seinerseits entsandte diplomatische Missionen u. a. nach Frankreich. Mochten diese Unternehmungen auch in erster Linie Handelsinteressen entspringen, so hatten sie doch zugleich eine Bedeutung für die kulturelle, vor allem für die künstlerische Entwicklung des Landes. Mit ihnen kamen abendländische ästhetische Ideen nach Persien, auch Künstler und Handwerker. In der Malerei ist dies besonders augenfällig.

1722 endete die safawidische Ära. Die Herrschaft afghanischer Stämme, die ihr ein Ende bereitet hatten, sollte indessen nicht von langer Dauer sein. Nadir Khan, 1688 in der nordöstlichen Provinz Khorasan geboren, wurde der neue starke Mann in Iran. Ein militärischer Abenteurer – in heutiger Terminologie ein *warlord* (er hatte in den mächtigen Stamm der Afschar eingeheiratet) –, gab er zunächst vor, im Namen eines safawidischen Thronanwärters zu kämpfen – so nannte er sich zunächst Tahmasp quli Khan (»Sklave des [safawidischen] Tahmasp«). Auf diese Weise gelang es ihm, eine starke Streitmacht gegen die Invasoren zu mobilisieren. 1729 wurden die Afghanen aus Isfahan vertrieben. Osmanische Versuche, Teile Aserbaidschans zu besetzen, wurden zurückgeschlagen. 1736 gab Nadir den Vorwand auf, für die safawidische Sache zu kämpfen, und ließ sich selbst zum Schah ausrufen; Nadir Khan stieg zu Nadir Schah auf.

Nadirs Herrschaft war kriegerisch geprägt. In unablässigen Feldzügen eroberte er umfangreiche Gebiete in Afghanistan und im Nordwesten Indiens. Mit den militärischen Anstrengungen freilich gingen keine Bemühungen einher, die administrativen und finanzpolitischen Grundlagen für eine neue Staatsbildung zu schaffen. Die Ausgaben für seine riesige Armee wurden mit Einnahmen gedeckt, die aus dem Volk gepresst wurden. Willkürherrschaft und exzessive Besteuerung führten schließlich zu Unruhe unter der Bevölkerung. 1747 wurde er ermordet; damit war der rasche Zerfall seines Erbes eingeleitet.

Auch die folgende Herrschaft war nur von kurzer Dauer. Aus den Machtkämpfen ging 1758 Karim Khan Zand als Herrscher hervor – nach über siebenhundertjähriger turk- oder mongolischstämmiger Herrschaft zum ersten Mal wieder ein Herrscher persischer Herkunft. Karim Khan machte Schiraz zu seiner Hauptstadt. Auch er gab vor, für einen safawidischen Prätendenten zu kämpfen. So bezeichnete er sich auch nicht als Schah, sondern lediglich als *wakil* (»Stellvertreter«; auch *wakil ar-ra'aya*, Vertreter des Volkes). Nach den unruhigen und wirtschaftlich ruinösen Jahren der Herrschaft Nadirs konzentrierte er sich auf die materielle Entwicklung des Landes. Eine maßvolle Besteuerung und die Förderung der Landwirtschaft führten zu einer spürbaren Hebung des Lebensstandards der Untertanen. Unter seiner Herrschaft

kam es auch zu weiteren Kontakten mit europäischen Handelsmächten, namentlich den Niederlanden und England. Mit seinem Tod 1779 endete die kurze friedliche Epoche: Unter seinen Brüdern und Verwandten brachen Machtkämpfe aus.

Karim Khan Zand freilich war es nicht erspart geblieben, seine Herrschaft gegen innere und äußere Gegner behaupten zu müssen. Unter ihnen waren die turksprachigen Qadscharen, deren Siedlungsgebiete sich in Mazandaran im Nordosten Persiens befanden. Aus den Kämpfen um die Nachfolge Karim Khans ging Agha Muhammad Khan Qadschar als Sieger hervor. Er wurde der Gründer einer Dynastie, mit deren Namen der Eintritt Persiens in die Neuzeit verbunden ist. Nach einem Jahrhundert von Zerfall, gefolgt von kurzlebiger Neugründung der zentralen Staatsmacht begründete Muhammad Khan 1796 eine Dynastie von beachtlicher Dauerhaftigkeit. Unter ihr sollte ein tiefgreifender Wandel von Staat und Gesellschaft einsetzen.

1.3 Afghanistan – ein neuer Staat entsteht

Die Anfänge der Staatlichkeit Afghanistans gehen auf die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts zurück. Freilich, die Erhebung der Ghilzai gegen die Safawiden kann noch nicht als eine Art erster Schritt in Richtung auf die Entstehung eines eigenständigen Staatswesens auf afghanischem Territorium gewertet werden. Dies geschah erst Jahrzehnte später. Durch die Geschichte war das Land am Hindukusch, für das im 19. Jahrhundert die Bezeichnung »Afghanistan« aufkam, abwechselnd der östliche Teil der einander ablösenden Staaten auf dem Boden Persiens, bzw. der westliche Teil zentralasiatischer Reiche oder das nordwestliche Glacis von auf indischem Boden errichteten Herrschaften gewesen. Stets aber befanden sich Teile des Landes in den Händen von mächtigen und selbstständigen Stämmen und Stammesverbänden. Wie auch noch in der Gegenwart bildeten unter ihnen die Paschtunen die größte Gruppe. Die Stammeskonföderationen der Abdali in Südwestafghanistan und der Ghilzai in Südostafghanistan vereinten jeweils mehrere der großen Stämme. Sie sind überwiegend Sunniten, Paschtu ist ihre Sprache. Die zahlenmäßig zweitgrößte Volksgruppe stellten die Tadschiken. Diese Bezeichnung wird bis heute für alle Persisch sprechenden Sunniten und jene Teile der Bevölkerung verwendet, die sich keiner ethnischen Kategorie zuordnen lassen. Weitere größere Gruppen waren die turko-mongolischstämmigen schiitischen Hazara sowie Usbeken, Turkmenen und Belutschen.

Die Kämpfe um die Nachfolge Nadir Schahs und die fortschreitende Schwäche der Mogulherrschaft in Indien ließen in Afghanistan ein politisches Vakuum entstehen. Damit war Raum für eine eigenständige Staatsgründung zwischen Iran, dem indischen Subkontinent und dem Kaleidoskop staatlicher Gebilde in Zentralasien entstanden. Noch im Jahr 1747 wählte die herkömmliche Versammlung paschtunischer Stämme, *loya jirga* (*dschirga*), bei Kandahar Ahmad Khan (geb. 1722) zum ersten »König der Afghanen«. Er entstammte dem Zweig der Sado innerhalb der

Stammeskonföderation der Abdali. Unter Nadir Schah hatte er dessen Leibgarde befehligt und sich als Feldherr einen Namen gemacht. Seinen Beinamen, *durr-e daran* (»Perle der Ländereien«), den er während dieser *jirga* erhalten haben soll, soll er eigenmächtig in den Titel *durr-e durran* (»Perle unter Perlen«) umgewandelt haben. Damit habe er seine bescheidene Stellung als *primus inter pares* zum Ausdruck bringen wollen. Aus dieser Selbstbezeichnung sollte sich künftig der Name der ganzen Stammesföderation der Abdali ableiten: Durrani. Die *loya jirga* von 1747 gilt in der nationalafghanischen Geschichtsschreibung als der Beginn des afghanischen Staates. Andere Quellen freilich wissen nichts von einer *loya jirga*, sondern beschreiben die Machtübernahme Ahmad Khans als Ergebnis kühner Machtpolitik.

Ahmad Schah Durranis Herrschaft ist durch eine endlose Folge von Kämpfen und Kriegen gekennzeichnet. Als er 1772 starb, erstreckte sich »afghanisches« Territorium nahezu auf das gesamte Gebiet zwischen dem Amu-Darya und dem Indischen Ozean sowie zwischen Delhi und Nischapur. Er hatte keine verbindliche Regelung seiner Nachfolge getroffen, so dass unter seinen Söhnen ein Kampf um die Nachfolge entbrannte. Auch hinterließ er kein gefestigtes, zentral regiertes Staatswesen; sein »Reich« entsprach einem lockeren Herrschaftsverbund paschtunischer und nicht-paschtunischer Stämme, die er nur indirekt beherrschte. Timur Schah (1748–1793), einer seiner Söhne und sein Nachfolger, konnte das Reich nur notdürftig zusammenhalten. Er verlegte die Hauptstadt nach Kabul. An der Wende zum 19. Jahrhundert bestiegen gleich mehrere Herrscher wiederholt den Thron. Das Durrani-Reich zerfiel in einzelne Machtzentren wie Herat, Kandahar und Peshawar, die Kabul herausforderten.

1823 war die Herrschaft der Sadozai erloschen. An ihrer Stelle etablierte sich eine andere Linie der Durrani-Föderation: die Mohammedzai. Dost Mohammed (geb. 1793), der 1826 Kabul und die angrenzenden Gebiete eroberte, wurde ihr erster Herrscher. Es gelang ihm, die staatliche Gewalt wieder zu stabilisieren; 1834 erhielt er in Kabul den Titel Emir. Dann zogen dunkle Wolken in Gestalt des sich verschärfenden britisch-russischen Gegensatzes über dem Land auf. Davon wird weiter unten zu sprechen sein. Nach dem Scheitern der ersten Invasion der Briten (1839–1842, ► S. 71) übernahm Dost Mohammed 1843 abermals die Herrschaft. In zahlreichen Feldzügen unterwarf er sich Teile »Afghanistans«, die zum Teil seit dem Ende der Sadozai ein politisches Eigenleben geführt hatten. Bei seinem Tode im Jahre 1863 hatte er das Land wiedervereinigt. Erst nach einem Jahrhundert, das über weite Strecken durch äußere Einmischung und innere Machtkämpfe gekennzeichnet sein sollte, wurde der Herrschaft der Durrani 1973 ein Ende bereitet.

1.4 Russlands Eintritt in den Vorderen Orient

Der nordwestliche Rand des Nahen Ostens wird durch den Gebirgszug des Kaukasus markiert. Durch die Geschichte hindurch ist er Schauplatz machtpolitischen Ringens unter den großen Mächten im Vorderen Orient gewesen. Um die Zeitenwende

kämpften Römer und Perser dort um die Vorherrschaft. Im 7. Jahrhundert brachten arabische Heere den Islam in einen Raum, in dem sich früh unterschiedliche Ausformungen des Christentums ausgebreitet hatten. Seit dem 11. Jahrhundert begannen seldschukische Türken in die Region einzudringen. Neben Georgiern und Armeniern wurden sie eine – bis in die Gegenwart präsenste – dritte die Geschichte des südlichen Kaukasus bestimmende Ethnie. Seit dem 16. Jahrhundert rivalisierten das Osmanische und das Safawidische Reich um die Kontrolle der gebirgigen Region, die zugleich eine Brücke zwischen dem Vorderen Orient und Zentralasien darstellt. Neben dem georgischen Königreich war die politische Landschaft durch zahlreiche meist von muslimischen Kleinfürsten beherrschte »Khanate« gekennzeichnet.

Ende des 18. Jahrhunderts betrat mit Russland eine neue Großmacht die machtpolitische Bühne. Der Friede von Küçük Kaynarca (1774), der den fünften osmanisch-russischen Krieg beendete, hatte die Voraussetzung für die Annektierung der Krim und die Ausweitung der russischen Herrschaft über die nördliche Küste des Schwarzen Meeres unter Katharina II. (reg. 1762–1796) geschaffen. Damit aber war zugleich das Tor zum Kaukasus geöffnet worden. Zwar sollte dieser Raum – namentlich der südliche Kaukasus mit den heutigen Staaten Georgien, Armenien und Aserbaidschan – als solcher mit Blick auf das politische Geschehen im Nahen Osten kaum eine signifikante Rolle spielen, aber mit dem Vordringen Russlands dort wurde er ein Schauplatz, auf dem und über den die zaristische Macht ihren Anspruch anmeldete, ein Mitspieler im Nahen und Mittleren Osten zu sein. Früher als andere europäische Mächte, insbesondere England, Frankreich oder Habsburg, hat Russland, ausgehend von seinen Eroberungen im südlichen Kaukasus, territoriale Ansprüche auf Gebiete des Osmanischen Reichs und Persiens erhoben und durchgesetzt. Und auch unter dem Aspekt der geistig-kulturellen Entwicklung sollte der schrittweise vollzogene Vereinnahmung der kaukasischen Region durch Russland eine Bedeutung für den angrenzenden Vorderen Orient zukommen: Von den Muslimen im Zarenreich – in Zentralasien und im Kaukasus, namentlich an der Wolga und im multiethnischen und multikulturellen Tiflis (Tbilisi) und Baku – sind Impulse der Modernisierung auf die nahöstliche Nachbarschaft im Osmanischen Reich und in Persien übergesprungen.

Mit der Gründung der Sowjetunion zu Beginn der 1920er Jahre war Moskau mit den Entwicklungen und Problemen im Inneren des sozialistischen Riesenreichs weitgehend absorbiert und seit 1941 auf den Krieg gegen Nazideutschland ausgerichtet. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs aber begann die Kremlführung, wieder expansionistisch zu denken: Mit Blick auf den Nahen Osten war das gegenüber der Türkei, Iran und in den achtziger Jahren gegenüber Afghanistan der Fall. Die Politik des russischen Präsidenten Vladimir Putin (Beginn seiner ersten Präsidentschaft: 2000) in der Krise um Syrien nach 2011 kann man als Reflex der langen Tradition Russlands als Nahostmacht verstehen. Die Tatsache schließlich, dass die ideologischen Wurzeln nicht weniger Aktivisten der zionistischen Bewegung in linksrevolutionären Vereinigungen im Zarenreich des ausgehenden 19. bzw. frühen 20. Jahrhunderts lagen (dazu gehörten auch Teile Polens und Litauen), hat in Moskau zunächst Erwartungen genährt, den jungen Staat Israel in sowjetische Interessen im Nahen Osten einbinden zu können.

Im Rückblick muss wenigstens beiläufig an die Herrschaft der mongolischen *Goldenen Horde* seit 1237 erinnert werden, deren Territorium mit der Hauptstadt

Sarai an der unteren Wolga große Teile der südrussischen Steppe umfasste, deren Bevölkerung, namentlich der türkisch-tatarische Teil, sich zur islamischen Religion bekannte. Das Khanat, dem auch das Großfürstentum Moskau tributpflichtig war, hatte fast zweieinhalb Jahrhunderte Bestand. Im Verlauf des 15. Jahrhunderts spalteten sich die Khanate Kazan (1438), Krim (1441) und Astrachan (1485) von der Goldenen Horde ab. Diese selbst fand erst 1502 ihr definitives Ende. Die Eroberung von Kazan an der mittleren Wolga 1552 durch Ivan IV. (»der Schreckliche«, rus. *grozny*, 1530–1584) besiegelte die Unterwerfung des Khanats der Tataren unter die Herrschaft des Moskauer Reichs.

Mit Peter dem Großen (1672–1725) wurde der Zugang zum Kaspischen und Schwarzen Meer Ziel russischer Expansionspolitik. Dabei ging es zunächst vornehmlich um Handelsinteressen: Der Zar suchte eine Landverbindung zum indischen Subkontinent. Nach Lage der Dinge bedeutete das, dass Russland zunehmend in Gebiete vordrang, die zum Teil islamisch geprägt waren. Vor allem die westlich und nördlich an das Schwarze Meer angrenzenden Gebiete standen in teils engerer teils lockerer Anbindung an das Osmanische Reich. In den Gebieten östlich des Schwarzen Meeres und im Kaukasus rivalisierte das Zarenreich mit den Staatsbildungen auf persischem Boden. Die Eingliederung muslimischer Territorien im Zuge des Vordringens in Richtung auf das Schwarze Meer musste Russland mithin früher oder später in offenen Konflikt mit den muslimischen Herrschern bringen. Die erste Etappe auf dem Weg Russlands zum Schwarzen Meer war die osmanische Festung Asow: Zar Peter eroberte sie 1696. Seit 1714 wurden wiederholt Expeditionen, Gesandtschaften oder als Handelsreisen getarnte Erkundungsfahrten in den Raum des Kaspischen Meeres und nach Zentralasien unternommen. 1717 kam ein Handelsvertrag mit dem – noch safawidischen – Persien zustande. Nach Beendigung des Nordischen Krieges (1721) wurden diese ersten kommerziellen Kontakte militärisch ausgebaut und gefestigt. Dabei profitierte der Zar von den Turbulenzen im Gefolge des Endes der Safawiden-Herrschaft. Derbent fiel im August 1722; gegen Ende des Jahres wurde die Provinz Gilan besetzt, im Juli 1723 Baku erobert. In einem Vertrag, den der persische Unterhändler im September 1723 mit der russischen Regierung in St. Petersburg abschloss, wurden Derbent, Baku und die am südlichen Ufer des Kaspischen Meeres gelegenen Provinzen Gilan, Mazandaran und Astarabad Russland zugesprochen. Letztere war der Stammsitz der turkmenischen Qoyunlu, aus deren Mitte gegen Ende des Jahrhunderts die Dynastie der Qadscharen hervorgehen sollte (► S. 58). Einer weiteren Ausdehnung der russischen Macht stand bis auf Weiteres noch das Osmanische Reich entgegen. Tatsächlich hatte Russland seine Kräfte überdehnt. Der gleichzeitige Kampf gegen den osmanischen Einfluss und das unter Nadir Schah wiedererstarkte Persien überforderte die russischen Ressourcen. 1735 gab Russland die Eroberungen in Persien auf. Bis zum Ende des Jahrhunderts sollte das linke Ufer des Flusses Terek, genauer: die befestigte Linie nördlich des Kaukasus und der beiden Kabardeien, die russische Südgrenze in der Kaukasusregion bilden.

Unter Katharina II. erlebten die Expansionspläne eine Neuauflage. Bereits ein Jahr nach ihrer Thronbesteigung wurde die Festung Mozdok errichtet und die »Kaukasische Linie« durch neue Kosakensiedlungen erweitert. Der damit beschleunigte Prozess der Siedlungskolonisation im Nordkaukasus schuf zugleich Ausgangspunkte